

sozialdemokratischer pressediens

P/XXVII/483

22. September 1972

Unser Kurs ist richtig!

Die Staatsfinanzen der BRD sind in Ordnung

Von Peter Schain

Präsident des Senats und Mitglied des
Prof. von Hans-Joachim Hansens

Seite 1 und 2 / 92 Zeilen

Eine Großtat der sozialdemokratischen

Zur Bundestags-Verabschiedung des Renten-
reformgesetzes

Seite 3 / 42 Zeilen

Ein "schwarzer Freitag" für die CDU

Zum Auftritt der "Kardass-Überlebenden" im
Bundestag

Seite 4 / 31 Zeilen

Die Angst in der CDU

Ein Wort zum Thema Parteiführerschaft

Von Rudolf Käßke MdB

Pfarrer im Wartensand

Seite 5 / 40 Zeilen

Schutz für die Saarkohle

Bund setzt erfolgreiche Strukturpolitik um

Von Alwin Brück MdB

Seite 6 / 47 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 888 846 / 898 847
868 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Unser Kurs ist richtig !

Die Staatsfinanzen der BRD sind in Ordnung

Von Peter Schulz

Präsident des Senats und Bürgermeister
der Freien und Hansestadt Hamburg

Seit Monaten beschwört die Opposition das Gespenst unsolider Finanzpolitik. Durch die pauschale Forderung nach einer Sanierung der Staatsfinanzen wird es nicht glaubhafter. Es findet auch in den Realitäten keine Grundlage. Für den Bundeshaushalt 1972 ergibt sich, daß weder eine Finanzkrise eingetreten ist noch von überhöhten Haushaltsausgaben oder von einer Überschuldung die Rede sein kann. Tatsächlich hält sich das Haushaltsvolumen in dem im Vorjahr von der Bundesregierung konzipierten Rahmen von 109 Milliarden DM. Dieser Haushalt ist damit bis heute konjunkturgerecht geblieben; auch der Haushalt 1973 wird es sein.

Wir alle wissen, daß im Bereich der öffentlichen Leistungen ein erheblicher Nachholbedarf besteht, und daß auch in den nächsten Jahren die Ansprüche des Bürgers gegenüber dem Staat nicht weniger werden. Auf diese Forderungen muß sich die Politik einstellen. Die Opposition bietet, je nach Lage, vage Versprechungen oder allgemeine Beschwörungen zur Lösung an. Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben eine konkrete Antwort gegeben: Die Politik der inneren Reformen.

Reformpolitik, die auf Realisierung gerichtet ist, bedarf selbstverständlich der gesamtwirtschaftlichen Absicherung durch eine ständige Anpassung an konjunkturelle Erfordernisse. Die Bundesregierung wird deshalb jeder Gefahr inflatorischer Entwicklungen entschlossen entgegentreten. Dies hat sie auch durch Taten bewiesen. Es gibt auf der anderen Seite aber auch kein ökonomisches Gesetz, das die antizyklische Konjunkturpolitik zur vorrangigen Aufgabe des Staates macht - zu Lasten einer breit angelegten Gesellschaftspolitik, die allein die Lebensbedingungen des Bürgers langfristig verbessern kann. Wir sind nicht bereit, dringend erforderliche öffentliche Investitionen weiter hinauszuschieben. Es kommt jetzt darauf an, daß im Zusammenwirken aller in einer marktwirtschaftlichen Ordnung beteiligten Kräfte die Stabilität wieder erreicht wird. Hierbei sind alle angesprochen: Bund, Länder und Gemeinden, die Sozialpartner und nicht zuletzt jeder einzelne Bürger.

Die Bundesregierung sieht für den Haushalt 1973 eine Zuwachsrate von 10,5 vH. vor. Der Haushaltsentwurf bleibt damit preisneutral und konjunkturgerecht, weil seine Ausgabensteigerung der erwarteten nominellen Zuwachsrate des Sozialproduktes entspricht. Dies hat jetzt auch der Finanzplanungs- und Konjunkturrat bestätigt. Ausgaben tätigen setzt aber voraus, daß zuvor entsprechende Einnahmen erzielt wurden. Die Produktionsressourcen müssen abgesichert und ausgebaut werden, die Finanzierung braucht festen Grund. Zu einer Erhöhung des Leistungsangebots des Staates muß

die Gesellschaft, muß der einzelne Bürger beitragen. Der Bürger weiß und akzeptiert dies auch.

Die Haushaltslage der Länder und Gemeinden ist günstiger geworden. Durch zusätzliche Leistungen des Bundes sowie durch neue gesetzliche Regelungen - wie z.B. Erhöhung des Umsatzsteuer- und Mineralölsteueranteils - wurden den Ländern und Gemeinden neue Wege geöffnet, um zusätzliche Investitionen und wachsende Folgekosten zu bestreiten. Jetzt kommt es darauf an, daß Länder und Gemeinden diese Chance sachgerecht nutzen.

Die Preissteigerungsrate ist im Augenblick mit 5,4 vH. sicher noch zu hoch. Aber eines steht fest: Die ungünstige preispolitische Entwicklung der Gegenwart kann nicht isoliert gesehen und ad hoc verändert werden. Vergangene Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene haben noch heute ihre Auswirkungen. Jeder verantwortungsbewußte Politiker weiß, daß uns die enge weltwirtschaftliche Verflechtung an die Preistrends auf dem europäischen und dem Weltmarkt bindet. Wenn man eine offene Welthandelspolitik und die europäische Integration betreiben will, muß man sich auf die Probleme einer gemeinsamen Währungs- und Stabilitätspolitik - mit allen ihren Vorzügen und Nachteilen - einstellen.

Wer behauptet, Weltwährungsprobleme wären nur ein "Alibi" für unsere "binnenwirtschaftliche Untätigkeit", denkt im Glatteis und verkennet die internationale Verflechtung. Außerdem darf man nicht einerseits eine freiheitliche marktwirtschaftliche Ordnung auch für Preise und Löhne fordern, andererseits sich aber über den notwendigen Hintergrund des wohlfeilen, attraktiven Zieles der Stabilität ausschweigen und damit heimlich den sonst laut bekämpften Dirigismus in Kauf nehmen.

Die Bundesregierung hat ein Stabilisierungsprogramm zur Rückgewinnung der Stabilität in der Europäischen Währungsunion vorgelegt. Damit werden der Bundesbank in stärkerer Maße als bisher die Aufgaben der Geldwertstabilisierung übertragen. Umfangreiche monetäre Steuerungsmaßnahmen sollen den inflationsfördernden Zuwachs der Geldmenge reduzieren und das Preisniveau stabilisierend beeinflussen.

Wie weit das Programm von den anderen europäischen Staaten akzeptiert wird, ist zwar noch ungewiß. Dennoch sollte jeder Versuch gemacht werden, die Inflationstendenzen zu bekämpfen - unabhängig davon, wie weit wir uns auf dem Weg zur Neuordnung des Weltwährungssystems befinden.

Wie die Opposition selbst behauptet, gibt es keine "Wundermittel" zur Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität. Aber eines muß klar gesagt werden: Die sozialliberale Koalition hat sich die Verpflichtung zur sozialen Marktwirtschaft zur Richtschnur ihres Handelns gemacht. Wir haben die Chance zur Wiedergewinnung des Stabilitätskurses in der Hand. Wir werden den Pfad zur Stabilität verbreitern - mit Hilfe der Länder, Gemeinden, der Bundesbank, den Sozialpartnern und den anderen europäischen Staaten. Unser Kurs ist richtig. Der Erfolg wird es beweisen.

(-/ex/22.9.1972/ks)

Eine Großtat der sozialliberalen Koalition

Zur Bundestags-Verabschiedung der Rentenreformgesetze

Nichts kann die Tatsache verdunkeln, daß es ohne die sozialliberale Koalition die Rentenreform, wie sie der Bundestag mit nur einer Stimmenthaltung verabschiedete, nicht gegeben hätte. Sie verändert die sozialpolitische Landschaft der Bundesrepublik und kann mit Recht als ein Ergebnis von historischer Bedeutung bewertet werden. Viele Millionen Menschen - Arbeitnehmer, Hausfrauen und Selbständige - haben auf diese Reform gewartet, die in der Regierungserklärung vom 29. Oktober 1969 angekündigt worden war. Die Regierung blieb im Wort und erfüllte die in sie gesetzten Hoffnungen.

Die Rentenreform verwirklicht die flexible Altersgrenze, bringt Leistungsverbesserungen für alle Rentner, führt erstmals eine Mindestrente ein, öffnet für alle Selbständigen und Freiberufler den Zugang zur sozialen Sicherung und schafft die Möglichkeit einer Sozialsicherung für alle Hausfrauen. Das alles sind Meilensteine auf dem Wege der Verbesserung unseres sozialen Rechtsstaates.

Die flexible Altersgrenze kommt jener Generation zugute, die vor dem Ersten Weltkrieg geboren wurde, den Zusammenbruch des Kaiserreichs erlebte, durch die Hölle des Dritten Reiches ging und die Grundlagen für den Wiederaufbau aus Schutt und Trümmern schuf. Das blieb für viele nicht ohne Folgen. Fast die Hälfte aller Arbeitnehmer mußte vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausscheiden und konnte nicht mehr bis zur Vollendung ihres 65. Lebensjahres den Platz ausfüllen, auf dem sie standen.

Nun liegt es an jedem, selbst darüber zu entscheiden, ob er mit dem 63. Lebensjahr sich noch geruhigere Jahre gönnen soll oder nicht. Walter Arendt und Ernst Scheilberg, die Schöpfer der flexiblen Altersgrenze, geben ihnen die Möglichkeit dazu.

Die Unionsparteien haben wie so oft in der 23jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ihr sozialpolitisches Gewissen erst entdeckt, als der Zug schon abgefahren war. Dann machten sie angesichts der bevorstehenden Wahlen plötzlich mit und versuchten sich im Übereifer. Ob ihnen das wohl nutzen wird? Die Geschichte dieser Rentenreform läßt sich aus der Erinnerung der mündig gewordenen Bürger nicht auslöschen. Sie wissen, wem sie diesen sozialen Fortschritt, der unsere Gesellschaft humaner macht, zu danken haben. Daß die Rentenreform ins Werk gesetzt werden konnte, ist und bleibt das herausragende Verdienst der sozialliberalen Koalition, sie ist aber auch der Niederschlag einer Politik, für die die Sicherung der Arbeitsplätze übertragende Bedeutung hat.

(ae/ex/22.9.1972/bqy)

Ein "schwarzer Freitag" für die Demokratie

Zum Auftritt der "Mandats-Überträger" im Bundestag

Die Show, die die "Mandats-Überträger" im Bundestag abgezogen haben, ist eines der schlimmsten Schauspiele, die diese geplagte Bundesrepublik über sich ergehen lassen mußte. Mit tiefer Erschütterung haben Millionen von Bundesbürgern auf den Fernsehschirmen und über die Lautsprecher miterleben müssen, wie die deutsche Demokratie von Leuten mißbraucht worden ist, die geglaubt haben oder denen eingeredet worden ist, daß gerade dieser Tag und gerade der Bundestag die richtige Zeit und der richtige Ort sei, um sich vor sich selbst zu rechtfertigen.

Das Auftreten der "Mandats-Überträger" hat diesen Freitag zu einem "schwarzen Freitag" der Demokratie gemacht. Der böse Schaden, der uns allen und unserem politischen Selbstverständnis als Demokraten zugefügt wurde, ist heute noch nicht zu ermessen. Wir werden alle noch lange daran zu tragen haben.

Wir werden lange bemüht sein müssen, um das an diesem "schwarzen Freitag" so abenteuerlich-makaber zerzauste Bild der deutschen Demokratie wieder zurechtzurücken und zu säubern. Wir werden uns anstrengen müssen, daß das Bild der Bundesrepublik wieder anschaulich wird, und daß man den Bundestag nicht mit einer Oktoberfestbude verwechselt, in der gegefirt werden kann, statt Politik für das ganze Volk und für den ganzen Staat zu machen.

Die Partei und ihre Führung, die es zugelassen hat, daß sich dieser Skandal ereignen konnte, trägt die volle Verantwortung. Sie wird ihr von niemandem abgenommen.

(ee/ee/22.9.1972/bgy)

+ + +

Die Angst in der CDU

Ein Wort zum Thema Parteichristentum

Von Rudolf Kaffka MdB
Pfarrer im Wartestand

Daß die Parteichristen empfindlich reagieren, wenn Christen im Land zur Politik ihre Meinung sagen, ist seit Jahren bekannt. Mögen die Argumente noch so kenntnisreich vorgetragen sein, wenn sie dem Wahlkonzept der Christlich-Demokratischen Union widersprechen, dann sind sie einfältig oder boshaft, also Propaganda der angeblich im Linksdrall befindlichen Regierungskoalition.

So schreibt der CDU-Sprecher im Pressedienst seiner Partei, die Aktion prominenter protestantischer Wissenschaftler für die Politik Brandt/Scheel entpuppe sich als "ein simples parteipolitischs Manöver - als ein dummes Manöver überdies".

Warum die Aktion simpel, parteipolitisch und dumm sei, begründet der CDU-Sprecher nicht, so daß der Verdacht entsteht, hier wird mit Behauptungen diffamiert, statt mit Argumenten widerlegt.

Die Aktion für die Politik Brandt/Scheel ist nun keineswegs parteifremd, sondern nüchtern und sachlich und verrät Sachverstand, so daß die Vorwürfe des "Unions"-Sprechers vorbeigehen und auf ihn und seine Partei zurückfallen.

Besonders scheint sich die CDU über das Lob geörgert zu haben, das die Ostpolitik der Koalition von den Verfassern der Wählerinitiative erhalten hat. Das ist auch für die CDU der neuralgische Punkt. Denn seit mehr als zehn Jahren wird von evangelischen Christen das Nichtvorhandensein der Ostpolitik unter den damaligen CDU/CSU-Regierungen kritisch unter die Lupe genommen. Wenn nun der CDU-Sprecher nichts anderes vorzubringen hat, als daß die beiden Teile Deutschlands sich fremder geworden seien und die Teilung nachgerade betoniert worden sei, dann ist das ein Armutszugnis, das man ihm gewiß angesichts des Berlin-Abkommens und des Verkehrsvertrages und anderer sich ergebender neuer Kontakte nicht abnehmen wird. Mit diffamierenden Behauptungen, die der Springer-Pressse entnommen scheinen, kann der CDU-Sprecher die Argumentation der Wählerinitiative nicht wegwischen. Nicht anders verhält er sich den anderen sachlichen Argumenten gegenüber.

Was als Wählerinitiative unter dem Titel "Wider das Geschäft mit der Angst" begann, das ist mittlerweile durch den Angriff des Pressesprechers der CDU zu einem Traktat geworden, den man mit dem neuen Titel versehen könnte: "Über das Christliche in der Politik".

Das hat der CDU-Sprecher erreicht, und er ist ein Opfer der Angst vieler Christdemokraten geworden, die sich darin ausdrückt, daß die Bürger im Lande der Partei das im Namen geführte Wort christlich nicht mehr abnehmen können. (-/ee/22.9.1972/ks)

Schutz für die Saarkohle

Bund setzt erfolgreiche Strukturpolitik fort

Von Alwin Brück MdB

Nach den schwierigen Jahren 1966 bis 1968 war es im Gegensatz zum Ruhrbergbau um den Saarbergbau ruhig geworben. Die Halden verschwanden, von Feierschichten und Grubenstillegungen sprach niemand mehr. Erst das Begehren der französischen Regierung, den Saarvertrag dahingehend zu revidieren, daß Frankreich nicht mehr verpflichtet sein sollte, ein Drittel der Saarkohleproduktion abzunehmen, hat neue Unruhe bei den Bergleuten im Saarland verursacht.

Diese Unruhe wuchs in den letzten Tagen, als bekannt wurde, daß die Grube Camphausen - sie hatte vor zwei Jahren ihr hundertjähriges Bestehen gefeiert - stillgelegt werden sollte. Im Augenblick arbeiten rund 4.500 Bergleute auf dieser Grube. Die Saarbergwerke wollen für die Bergleute, die nicht in den Ruhestand treten können, Ausweichlösungen schaffen, so daß niemand arbeitslos werden wird. Trotzdem beunruhigt die Bergleute verständlicherweise diese Entwicklung.

Die saarländische CDU-Landesregierung hat es sich wie immer leicht gemacht: Sie macht die Bundesregierung verantwortlich. Sie setzt damit eine Methode fort, die sie in den letzten Jahren immer wieder angewandt hat. Jede positive Entwicklung im Saarland schreibt sie sich zu, auch dann, wenn sie von der Bundesregierung initiiert und vom Land finanziert worden ist; alles was nicht funktioniert, wird der Bundesregierung in die Schuhe geschoben.

Dabei ist die Tatsache, daß der ständige Rückgang von Arbeitsplätzen im Bergbau in den letzten Jahren mehr und mehr durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in anderen Industrien aufgefangen wird, nur der regionalen Strukturpolitik der Bundesregierung - dazu gehört die Einbeziehung in das Investitionszulagengesetz und in das regionale Förderungsprogramm - zu verdanken. Jahrelang hat es die Landesregierung nicht für notwendig gehalten, die Neuansiedlung von Unternehmen im Saarland zu betreiben, obwohl die Sozialdemokraten im Saarland dies stets gefordert hatten. Erst als die Bundesregierung die Initiative ergriff, stellte die Landesregierung mit erheblicher Verspätung die notwendigen Pläne bereit.

Die Saarländer können sich jedoch darauf verlassen, daß die erfolgreiche Strukturpolitik fortgesetzt wird. Auch bei den Verhandlungen mit der französischen Regierung über die saarländischen Kohlelieferungen nach Frankreich wird die Bundesregierung die saarländischen Interessen energisch vertreten. Bundeskanzler Willy Brandt hat den französischen Staatspräsidenten Georges Pompidou darauf aufmerksam gemacht, daß für die deutsche Seite diese Frage sehr wichtig sei. Das gleiche hat Bundeswirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt gegenüber seinem französischen Kollegen Giscard d'Estaing und gegenüber Außenminister Maurice Schuman getan.

(-/ex/22.9.1972/bgy)